

FRIEDENS JOURNAL



Was kosten Aufrüstung und Krieg?



- Deutsche Rüstungsexporte und Krise der Eurozone?
- Rüstung in Zeiten von Haushaltskürzungen
- Afghanistan als NATO-Truppenübungsplatz
- Irak: Kein Abzug der US-Truppen in Sicht
- Weltweite Hungerrevolten
- Gaza-Friedensflottille

Inhalt

SCHWERPUNKT

Sparen – aber richtig 3

THEMA

Mit Gewalt gegen Hunger 8
Afghanistan: Truppenübungsplatz 10
Irak-Besatzung in der Sackgasse 12

GASTBEITRAG

Außer Kontrolle – Rüstungsexporte. 6

INTERVIEW

IG Metall und Rüstungsproduktion 4

FRIEDENSBEWEGUNG

Mavi Marmara – Israelischer Piratenakt. . . . 14

RUBRIKEN

Im Blickfeld: 9, 11, 15
Rückseite: Afghanistan-Appell 16

FOTOS

Titelbild: Bundeswehr-ISAF-Schutztruppe unterwegs auf Patrouille in einem gepanzerten Dingo in Mazar-e Sharif, Afghanistan
Quelle: EPD

Foto Seite 10: Drohne MQ-9

Quelle: academic.ru

Foto Seite 13: US-Army-Fahrzeug Humvee nach Bombenanschlag

Quelle: academic.ru

Das nächste Friedensjournal erscheint am 11.09.2010

IMPRESSUM

Das Friedensjournal erscheint 6-mal jährlich und ist zum Solibeitrag von 15,00 EUR über die Redaktionsanschrift zu beziehen.
Internet: www.friedensjournal.de

Herausgeber:

Bundesausschuss Friedensratschlag
c/o DGB Kassel, Spohrstr. 6, 34117 Kassel
Tel.: 05 61/804-23 14 · Fax: 05 61/804-3738
e-mail: strutype@hrz.uni-kassel.de
www.friedensratschlag.de

Redaktion:

Hugo Braun, Christine Buchholz, Bernd Guß, Lühr Henken, Hans-Peter Laubenthal, Bärbel Schindler-Saefkow, Peter Strutynski, Horst Trapp, V. i. S. d. P.: Karl-Heinz Peil

Redaktionsanschrift:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt,
Wilhelm-Leuschner-Straße 69 – 77,
60329 Frankfurt am Main,

Tel.: 0 69/24249950 · Fax: 0 69/24249951
e-Mail: Frieden-und-Zukunft@gmx.de

Bankverbindung:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
Frankfurter Sparkasse
BLZ 500 502 01 · Kto.-Nr.: 2 00 08 13 90

Was kosten Aufrüstung und Krieg?

Liebe Leserinnen und Leser,

die Redaktion des Friedensjournals hatte bereits vor dem israelischen Piratenakt bei Matthias Jochheim wegen eines Berichtes über die mutige Reise nach Gaza angefragt. Diesen Bericht haben wir dann auch erhalten, allerdings unter anderem Vorzeichen als geplant. Die Lektüre seiner persönlichen Eindrücke empfehlen wir vor allem denjenigen, die keine Möglichkeit hatten, in einer der mittlerweile zahlreichen Veranstaltungen von ihm oder anderen deutschen Teilnehmern der Gazafahrt Informationen aus erster Hand zu bekommen.

Immerhin hat die Gaza-Aktion einen Teilerfolg errungen, indem weltweit der Protest gegen die menschenverachtende israelische Blockadepolitik erheblich zugenommen hat. Dass im Bundestag eine einstimmige Resolution hierzu zustande kam, ist sicherlich auch ein Novum (siehe dazu auch den Auszug aus der Rede von MdB Wolfgang Gehrcke).

Unser Schwerpunktthema beschäftigt sich mit den realen Kosten von Aufrüstung und Krieg. Dazu haben wir einige Einsparvorschläge für den Bundeshaushalt vorangestellt. Trotz aller verbalen Bekundungen von Minister Guttenberg, auch in seinem Ressort Einsparungen vorzunehmen, darf aber nicht übersehen werden, dass lediglich dort gespart wird, wo aufgrund der neuen Ausrichtung der Bundeswehr zur weltweiten Interventionsarmee manche Rüstungsprojekte „zur Landesverteidigung“ überflüssig geworden sind. Was uns z.B. der Afghanistan-Krieg wirklich kostet, hat interessanterweise das Deutsche Institut für Wirtschaft (DIW) in einer kürzlich erschienenen Studie beleuchtet, nämlich das dreifache dessen, was offiziell hierfür ausgewiesen wird (Siehe Pressemitteilung auf Seite 9). Von Außenminister Westerwelle wurde aber erst kürzlich im Bundestag eindeutig erklärt: „An unserem Engagement in Afghanistan wird nicht gespart“.

Aufrüstung und Krieg verursachen in den Ländern des Südens noch erheblich mehr gesellschaftliche Kosten als bei uns. Der Beitrag „Gewalt gegen

Hunger“ verdeutlicht auch, was den Ländern des Südens an zivilgesellschaftlichen Ressourcen entzogen wird.

Bezüglich Afghanistan beleuchten wir diesmal nicht die geostrategische Kriegsziele der NATO, sondern die Nutzung dieses Landes als Truppenübungsplatz für künftige Angriffskriege. In diesem Kontext muss auch die massive Einbeziehung von Truppenkontingenten vieler anderer Länder gesehen werden. Deren Anzahl erscheint zwar auf dem ersten Blick eher symbolisch, dient aber einer aggressiv forcierten Integration der NATO-Mitgliedsstaaten und möglicher Beitrittskandidaten (Seite 10 und 11).

Darin unterscheidet sich die Situation in Afghanistan grundlegend von der im Irak, wo die USA mittlerweile als einzige Besatzungsmacht operieren. Dieses hat mit dazu beigetragen, dass die Irak-Besatzung in den Medien kaum noch präsent ist. Wie unser Autor Joachim Guilliard nachweist, hat sich aber an der Situation wenig geändert. Eines der größten Probleme der USA derzeit ist, dass man aus dem Irak nicht so viele Truppen abziehen kann, wie zusätzlich in Afghanistan angefordert werden.

Wir haben im Zusammenhang der deutschen Rüstungsausgaben und Rüstungsproduktion ein kompliziertes Thema in Zeiten von Arbeitslosigkeit und drohenden Arbeitsplatzverlusten aufgegriffen: Wie hält es die IG Metall mit den Arbeitsplätzen in der Rüstungsindustrie? Die Antworten des hierfür zuständigen Gewerkschaftssekretärs Kai Burmeister zeigen den differenzierten Umfang mit diesem Problem.

Die Krise der Eurozone und speziell der drohende Staatsbankrott Griechenlands waren für uns der Anlass, den Gastbeitrag von MdB Paul Schäfer anzufragen. Die exorbitanten deutschen Rüstungsexporte nach Griechenland – die von den der griechischen Regierung verordneten Sparmaßnahmen nicht betroffen sind (!) – haben sicherlich einen erheblichen Anteil an den Problemen. Deshalb: Sparen – aber richtig! – Beim Militär beginnen.

Karl-Heinz Peil

Sparen – aber richtig! - Beim Militär beginnen

von Peter Strutynski und Lühr Henken, Bundesausschuss Friedensratschlag

Die Sozialabbaupläne der Bundesregierung werden von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen rundweg abgelehnt. Die Friedensbewegung zeigt darüber hinaus, wo Einsparungen erzielt werden können, die niemandem weh tun - außer vielleicht den Militärs und den Rüstungsprofiteuren. Der Bundesausschuss Friedensratschlag nennt in einer Erklärung zehn konkrete Sparvorschläge.

Das Sparpaket der schwarz-gelben Koalition ist an sozialen Grausamkeiten nicht zu überbieten. Statt von den Reichen und Superreichen, von Spekulanten und Banken zu holen, werden die Armen zur Ader gelassen. Und die bisherigen Ankündigungen auch im Militärbereich zu sparen, sind reine Augenwischerei. Während in den anderen Haushaltsbereichen "Nägel mit Köpfen" gemacht und konkrete Einsparpotentiale benannt wurden, wird der Verteidigungsetat (EP-Einzelplan 14) mit Samthandschuhen angefasst. Keine konkrete Spar-Vorgabe, stattdessen lediglich Prüfaufträge, wo denn evtl. gespart werden könnte. Demgegenüber wird der grundgesetzwidrige Auftrag, die Interventionsfähigkeit der Bundeswehr zu erhöhen ("... Optimierung der Strukturen der Bundeswehr an den Erfordernissen der Befähigung zum Einsatz ...") in Stein gemeißelt.

Die Eckpunkte des Sparpakets legen fest, die Auswirkungen eines Personalabbau von 40.000 Berufs- und Zeitsoldaten auf "die sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit Deutschlands, die Einsatz- und Bündnisfähigkeit, Fragen der Beschaffung, die Strukturen und den Gesamtumfang der Bundeswehr sowie der Wehrform und deren Ausgestaltung" zu überprüfen. Diskutiert werden z.B. Standort-schließungen oder die Aussetzung der Wehrpflicht.

(1) Eine Reduzierung von 40.000 der insgesamt 188.000 Berufs- und Zeitsoldaten (davon 57.000 Berufs- und 131.000 Zeitsoldaten) und deren Folgen könnten laut Eckpunktepapier

in den Jahren 2011 bis 2014 einen Einspareffekt von vier Milliarden Euro erbringen. Das ist mit 4,6 Prozent mager, wenn man den Anteil des Verteidigungshaushalts am gesamten Bundeshaushalt von etwa zehn Prozent zum Maßstab nimmt. Ab 2013 könnte sich der EP 14 demnach von derzeit 31,1 auf 29,1 Mrd. Euro ab 2013 reduzieren. Ein Aussetzen der Wehrpflicht, die aber ebenfalls noch nicht beschlossene Sache ist, würde etwa 600 Millionen Euro jährlich sparen. Der daran grundgesetzlich gekoppelte Zivildienst kostet die SteuerzahlerInnen ebenso viel. Durch die Abschaffung der Zwangsdienste würden etwa 1,2 Mrd. Euro jährlich eingespart werden können.

(2) Die Beendigung des Afghani-staneinsatzes der Bundeswehr würde den Bundeshaushalt direkt um jährlich etwa eine Milliarde Euro entlasten -- und zwar sofort. Die andere Auslandseinsätze brächten zudem etwa 300 Mio. Euro im Jahr. Weitere Einsparpotentiale liegen im Bereich militärischer Ausrüstungen und Bewaffnungen.

(3) Da wäre zunächst das mobile taktische Luftverteidigungssystem MEADS, das sich zusammen mit den USA und Italien noch in der Entwicklung befindet, und die Aufgabe haben soll, ab 2015 Bundeswehrsoldaten im Auslandseinsatz gegen Marschflugkörper und ballistische Raketen zu schützen. Der deutsche Kostenanteil beläuft sich auf gegenwärtig knapp vier Milliarden Euro. MEADS würde eine Ausweitung der Militärinterventionen von NATO und EU ermöglichen und zum Unfrieden in der Welt beitragen. Das Projekt muss und kann problemlos abgebrochen werden.

(4) Die Beschaffung von insgesamt elf Großdrohnen des Typs "Global Hawk" bzw. "Euro Hawk" bis 2015 für insgesamt rund ein Milliarde Euro würde die Bundeswehrein-sätze weltweit noch ausweiten. Auch hierfür gibt es keine Kaufbeschlüsse, so dass einem Verzicht vertraglich nichts im Wege

steht. Gleiches gilt für die Marineversion des Transporthubschraubers NH 90. Es liegt dem Hersteller bisher lediglich eine deutsche Absichtserklärung über den Kauf von 38 MH 90 vor, die ca. 1,8 Mrd. Euro ab 2015 verschlingen würden.

(5) Schwieriger und damit kosten-trächtiger sind Ausstiege aus Vertragsbindungen für vier Fregatten des Typs F 125, die von 2016 bis 2018 für 2,8 Milliarden Euro in Dienst gestellt werden sollen, und für zwei U-Boote des Typs 212, die für 2012 bis 2014 für knapp eine Milliarde Euro bestellt sind. Zur Ausrüstung dieser U-Boote soll der lenkbare Flugkörper IDAS für 130 Millionen Euro ab 2016 zählen. Auch darauf kann verzichtet werden. Verzichtet werden kann auch auf den dritten Einsatzgruppenversorger, der bis 2012 für rund 250 Mio. Euro beschafft werden soll.

(6) Noch schwieriger umzusetzen wären die Reduzierung von bestellten Stückzahlen von 80 Kampfhubschraubern Tiger (ca. 5 Mrd. Euro inklusive Bewaffnung bis 2014) und 134 Transporthubschrauber NH-90 (ca. 4 Mrd. Euro bis über 2016 hinaus). Über die im Juli 2009 bestellten 405 Schützenpanzer Puma für 3,1 Mrd. Euro bis 2020 ließe sich sicherlich auch nur eine Reduzierung von Stückzahlen aushandeln.

(7) Einsparpotentiale lassen sich auch im Bereich der Ausrüstungen finden, die die weltweite Führungsfähigkeit der Bundeswehr verbessern soll. Hier gibt es diverse Projekte mit einem Volumen von knapp 5 Mrd. Euro, die bis über das Jahr 2016 hinaus veranschlagt sind. Der Verzicht auf etwa die Hälfte des Volumens wäre durchaus realistisch.

(8) Die Ausstattung von rund 8.000 Infanteristen der Bundeswehr mit dem System "Infanterist der Zukunft -- Erweitertes System", für die ab 2012 die Serienlieferung anlaufen soll, unter der Voraussetzung, dass bis Anfang

nächsten Jahres die Vorserienlieferung zur Zufriedenheit ausfällt, kann durchaus noch gestoppt werden.

(9) Für die restlichen 37 der insgesamt 180 Eurofighter (Tranche 3 B) fehlt das Geld. Etwa 3 Mrd. Euro seien dafür zusätzlich nötig. Im Jahr 2012 muss darüber entschieden werden, ob die Tranche 3 B bestellt wird. Wenn gespart werden soll, dann kann auf die restlichen 37 Eurofighter verzichtet werden.

(10) Weitere Einsparmöglichkeiten ließen sich auch unter den kleineren Projekten finden, aber auch durch Nicht-In-Dienst-Stellen von Angriffs-

waffen wie Korvetten oder Stilllegungen von Waffensystemen, die der Angriffsfähigkeit dienen. Somit ließen sich von heute auf morgen Summen einsparen, die beim Doppelten, wenn nicht beim Drei- oder Vierfachen des Volumens liegen, die das Eckpunkte-Papier von Schwarz-Gelb vage in Aussicht stellt.

Wenn die gegenwärtige Krise wirklich sinnvoll genutzt werden soll, dann muss zuallererst dort gespart werden, wo der Reichtum und wo die Waffen wohnen: Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan, Beendigung der übrigen Auslandseinsätze (die Bundesmarine

verplempert z.B. vor dem Libanon 40 Mio. EUR pro Jahr), Abschaffung der Zwangsdienste, Streichung kostspieliger Rüstungsprojekte, die doch nur die Interventionsfähigkeit verbessern sollen.

Weiter Infos:

Umfangreiche Dossiers zur Bundeswehr und zur Rüstung/Abrüstung bietet die Website der AG Friedensforschung an der Uni Kassel unter:

www.uni-kassel.de/fb5/frieden

unter der Rubrik Themen:

Bundeswehr, Export

INTERVIEW

Rüstungsproduktion und Rüstungsexport – wie geht die Industriegewerkschaft Metall damit um?

Interview mit Kai Burmeister, Gewerkschaftssekretär beim IG Metall Vorstand und Koordinator des Betriebsräte-Arbeitskreises "Wehrtechnik und Arbeitsplätze"



FJ: 1989 forderte die IG Metall so wörtlich "alle Gliederungen der Organisation auf, die Initiativen zur Rüstungskonversion in den Betrieben und Regionen auch weiterhin zu unterstützen" und weiter: "Die Sicherung oder Schaffung von Arbeitsplätzen darf nicht als Argument gegen Abrüstung bzw. für mehr Rüstungsproduktion und Waffenexport missbraucht werden". Ist das "Schnee von gestern"?

Das ist nicht von gestern, aber die Schneedecke ist nicht mehr so hoch. Die wehrtechnische Industrie hat in den letzten zwanzig Jahren eine lange Phase des Schrumpfens durchgemacht. 1989 haben in den alten Bundesländern 280.000 Beschäftigte Rüstungsgüter produziert, hinzu kamen noch einmal ca. 120.000 aus den neuen Bundesländern. In Ost und West wurde für die große Schlacht in der norddeutschen Tiefebene produziert, die glücklicherweise nie stattgefunden hat. Dieses Szenario war 1989 überholt. Mit der Konversion ging es in erster Linie darum, die militärisch ausgerichtete Produktion in eine zivile Linie zu überführen und auch die militärisch genutzten Standorte unter sozialen und ökologischen Aspekten umzuwidmen. Neben der friedenspolitischen und ökologischen Motivation ging es dabei vor allem um Beschäftigungssicherung. Heute sind noch ca. 80.000 Arbeitsplätze von Rüstungsgütern in der ganzen Bundesrepublik abhängig.

Die wesentliche Veränderung ist: Die Branche ist geschrumpft, gleichzeitig werden die Produkte jetzt real von der Bundeswehr eingesetzt. Darüber wird eigentlich nicht wirklich diskutiert, was aber notwendig wäre.

FJ: Wie steht es denn heutzutage mit Konversionsmodellen - gab es und gibt es solche Aktivitäten von Gewerkschaftern in der Rüstungsindustrie?

Konversion wurde vielfach von Vertrauensleuten und Betriebsräten der IG Metall angestoßen, das ist auch heute noch da. Es gibt noch immer in kleinen Gruppen IG Metallern, die sich mit der Rüstungskonversion beschäftigen, z.B. in Bremen. Aber das Thema ist zur Zeit sicher nicht auf der Hitliste ganz weit oben. Um das zu verstehen, müssen wir auch eine Bilanz ziehen. Wir sind gesellschaftspolitisch schnell beisammen, dass öffentliche Investitionen in Kindergärten und Schulen wünschenswerter als Panzer sind. Auch ist der Grundgedanke von Konversion (Was wird produziert) weiterhin faszinierend. Aber wir müssen leider auch feststellen, dass viele gute Ideen sich in der praktischen Umsetzung nicht bewährt haben, weil sie oft von den Unternehmen nicht aufgegriffen wurden. Diese Erfahrung aus vielen Betrieben müssen wir berücksichtigen.

Von daher wäre eine neue Konversionsdebatte kein Selbstläufer, der in der Branche mit Jubel aufgenommen

men würde. Gleichwohl sind wir gewerkschaftlich immer gefordert, uns Gedanken für nachhaltige und sichere Arbeitsplätze zu machen. Hinweisen möchte ich auf ein Beispiel: In Emden wurde die Produktion von Schiffen auf Windräder umgestellt. Dieses Beispiel zeigt, grüne Produkte, saubere Energie und die Energieeffizienztechnologien sind für sichere Arbeitsplätze interessant. Da wird sich in den nächsten Jahren viel abspielen.

FJ: *Derzeit wird in der Politik ein radikaler Sparkurs als alternativlos dargestellt. Dieses betrifft offensichtlich Kindergärten und Schulen, aber keine Panzer. Gleichzeitig kämpfen Gewerkschaften - speziell die IG Metall - um den Erhalt von Arbeitsplätzen. Muss man deswegen auch für die Beibehaltung hoher Rüstungsausgaben sein?*

Dem Sparprogramm müssen wir uns als Gewerkschaften entgegenstellen. Der Herbst wird sicher zur heißen Phase werden. Es kann nicht sein, dass wir alle jetzt für die Wild-West-Mentalität an den Finanzmärkten zur Kasse gebeten werden sollen. Zum Sparkurs gibt es Alternativen. Die Einnahmeseite des Staates muss durch höhere Steuern auf hohe Einkommen und Vermögen verbessert werden.

Richtig ist auch, dass für uns in dieser Krise die Sicherung von Arbeitsplätzen oberste Priorität hat. Das gilt für alle Industriezweige und damit auch für die Wehrtechnik, wo die Arbeitsplätze natürlich von den Verteidigungsausgaben abhängen. Da brauchen wir nicht drum herum reden: Wenn es zu Kürzungen im Einzelplan 14 kommen sollte, verlangen die Beschäftigten mit Recht Alternativen, die sichere Arbeitsplätze und anständige Einkommen bieten. Dieses Interesse an Arbeit und Einkommen wird sicherlich auch von der Friedensbewegung geteilt. Wir müssen uns gemeinsam vornehmen, unsere Sicht der Dinge und die unterschiedlichen Perspektiven auszutauschen.

FJ: *Der Exportweltmeister Deutschland hat sich diesen Titel unter anderem auch mit den stetig steigenden Rüs-*

tungsexporten verdient. Gibt es dafür innerhalb der IG Metall eine kritische Plattform?

Moment, zunächst eine Klarstellung! Wir müssen sicherlich immer mit kritischem Blick auf Rüstungsexporte schauen. Aber die hiesige Stärke des Exportweltmeisters im starken Maße auf die Produktion von U-Booten, gepanzerten Fahrzeugen und Waffensystemen zurückzuführen, führt zu einer verzerrten und letztlich falschen Wahrnehmung. Um die Größenordnung zu verdeutlichen: In der Metallindustrie sind über 3,4 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer tätig, von der Rüstungsproduktion sind 80.000 Arbeitsplätze abhängig. Der Anteil der Rüstungsexporte an allen Ausfuhren liegt bei unter 1 Prozent.

In der IG Metall diskutieren die Betriebsräte aus dem Marineschiffbau, dem militärischen Flugzeugbau, aus der Heerestechnik und aus der Rüstungselektronik über die Branchenentwicklung und natürlich geht es auch um Export. Auf einer unserer letzten Arbeitskreissitzungen haben wir das Thema aufgegriffen und festgestellt: Die Berichterstattung der Bundesregierung zu den Rüstungsexporten ist mangelhaft und kommt oft zu spät. Die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) ist mit ihrer Berichterstattung deutlich besser und aussagefähiger. Mit der GKKE tauschen wir uns regelmäßig aus. Die sind ein wichtiger Gesprächspartner für uns und geben uns auch kritische Hinweise, die wir aufnehmen.

Der entscheidende Hebel liegt aus unserer Sicht in Europa. Zwar gibt es einen entsprechenden europäischen „Code of Conduct“, aber die einzelnen EU-Staaten handeln an diesem Punkt doch sehr unterschiedlich. Die Einschätzung ist sicher nicht falsch, dass andere Länder sehr viel liberaler beim Export sind. Insgesamt sind wir gut beraten, mit Blick auf Kostensteigerungen und ähnliche militärische Programme mehr nach Europa zu schauen.

Die Exportfrage wird künftig von zwei Seiten an Dynamik gewinnen: Die diskutierten Einsparungen in den Verteidigungshaushalten in Deutschland und Frankreich werden dazu führen, dass die Unternehmen verstärkt auf den Export setzen müssen. Auf der anderen Seite haben viele Empfängerländer Probleme damit, ihre Bestellungen überhaupt bezahlen zu können.

FJ: *Abschließend nochmals zur Frage Rüstung und Arbeitsplätze: Ist die IG Metall nicht doch widersprüchlich in ihrer Haltung?*

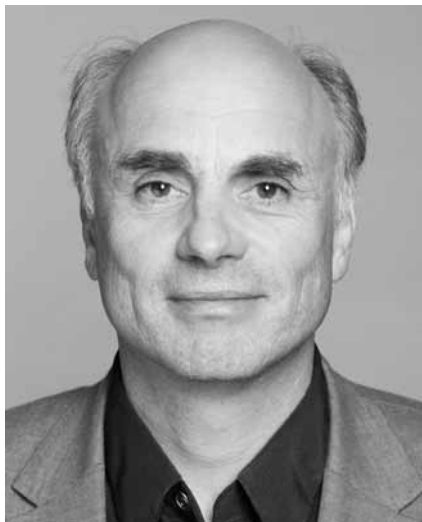
Für diesen kleinen Teilausschnitt dieser Branche ist der Widerspruch da. Arbeitsplätze in der Wehrtechnik hängen natürlich vom Verteidigungshaushalt bzw. von den Exporten ab. Die Beschäftigten haben einen klaren Anspruch darauf, dass die IG Metall ihre Interessen vertritt. Das heißt anders herum aber nicht, dass die Gewerkschaften zum Fürsprecher für Waffenexporte werden. Das waren wir in der Vergangenheit nicht und das bleibt auch so. Die Beschäftigten dieser Branche werden nur dann für Alternativen zu begeistern sein, wenn ihnen diese realistisch auch Arbeit und Einkommen sichern.

Entscheidender ist aus meiner Sicht, die Politik in Sachen Militarisierung der Außenpolitik zu stellen. Das ist nötig und der DGB-Bundeskongress hat sich im Mai gerade einhellig gegen den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan ausgesprochen. Friedensbewegung und Gewerkschaften sollten überlegen, wie wir die Spirale des Scheiterns am Hindukusch stärker in die Öffentlichkeit tragen können.

Zusammengefasst würde ich es auf die Formel bringen: Die Herstellung von Waffen ist immer ein kritischer Punkt, Kriege finden aber nicht deshalb statt. Über den Einsatz von Armeen und Waffen entscheidet immer noch die Politik. Dies muss mehr denn je zum Gegenstand kritischer Diskussion werden und daran beteiligt sich die IG Metall.

Außer Kontrolle – Deutsche Rüstungsexporte in der Euro-Zone

von Paul Schäfer, MdB – Verteidigungspolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke



Ob bei der Veröffentlichung der jährlichen Zahlen des Stockholmer Instituts für Friedensforschung (SIPRI), dem Jahresbericht der Fachgruppe Rüstungsexporte der GKKE oder den Jahresberichten der EU und der Bundesregierung zum Rüstungsexport: Deutschland macht seinem Ruf als Exportweltmeister beim Geschäft mit dem Tod alle Ehre. Die veröffentlichten Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Zwischen 2004 und 2008 hat die Bundesregierung Rüstungsexporte im Wert von mehr als 32 Mrd. Euro genehmigt. Geliefert wurde die ganze Bandbreite an Rüstungsgütern, von Artilleriesystemen über Motoren und Getrieben bis hin zu Zündern für Munition.

Konfliktverschärfungen durch Rüstungsexport

Mit Rüstungsexporten in Spannungsgebiete und an Staaten, die in interne bewaffnete Konflikte verwickelt sind oder die Menschenrechte verletzen, trägt die deutsche Rüstungsindustrie zur Verschärfung von Konflikten und Unsicherheit außerhalb Europas bei. Die Bundesregierung unterstützt diese Geschäfte nicht nur durch ihre Genehmigungspraxis, sondern betreibt aktiv Exportförderung: Bundeswehrmaterial, wie z.B. Kampfpanzer für Chile und Singapur, wird weitergereicht. Bei Geschäften mit hohem Risi-

ko aufgrund instabiler politischer und finanzieller Verhältnisse werden Staatsbürgerschaften gewährt, wie zuletzt etwa für ein U-Bootgeschäft mit Südkorea im Wert von 1,4 Mrd. €. Im Verteidigungsministerium gibt es sogar eine Arbeitsgemeinschaft, die sich mit der Exportförderung für das Kampfflugzeug Eurofighter beschäftigt.

Angesichts dieser äußerst bedenklichen Rüstungsexportpolitik wird leider allzu häufig das Treiben vor der eigenen Haustür übersehen – der Handel mit den anderen EU-Staaten. Dabei ist Europa und insbesondere die Europäische Union nach wie vor der Hauptabsatzmarkt deutscher Rüstungsgüter. Regelmäßig ist etwa 1/3 der Einzelgenehmigungen für europäische Abnehmer bestimmt (siehe Grafik).

Geliefert werden zwar auch komplette Waffensysteme, wichtiger ist aber der Handel mit Rüstungskomponenten und Dual-Use-Gütern – also solchen Gütern, die sowohl militärisch als auch zivil zu verwenden sind – für die Weiterverarbeitung in anderen EU-Staaten und den Weiterexport außerhalb der EU. Dies wird begünstigt durch die Tatsache, dass für Rüstungslieferungen an EU-Staaten weder der „EU-Verhaltenskodex für Waffenausfuhren“ von 1998 noch die „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ von

2000 die Anwendung der darin vereinbarten Kriterien vorsieht.

Dabei können die deutschen Rüstungsexporte keineswegs als harmlos gelten: Die deutschen Waffen und Rüstungskomponenten werden von anderen EU-Staaten für ihre militärische Interventionspolitik eingesetzt. Das Paradebeispiel ist Afghanistan. Die niederländischen Streitkräfte setzten die Panzerhaubitze 2000 in der Provinz Urzagan ein. Auch in den dort eingesetzten französischen Kampfhubschraubern TIGER und der britischen Version des Tornado befindet sich deutsche Rüstungstechnologie.

Ganz oben: Griechenland und Türkei

Skrupellos hat die deutsche Rüstungsindustrie auch die Spannungen zwischen Griechenland und der Türkei ausgenutzt. Beide Seiten wurden über Jahrzehnte massiv mit deutscher Rüstungstechnik ausgestattet. Alleine in den letzten 10 Jahren wurden Rüstungsgüter im Wert von 2,2 Mrd. € an Griechenland und im Wert von 2,7 Mrd. € an die Türkei geliefert, obwohl es zwischen beiden Seiten wiederholt zu militärischen Zwischenfällen gekommen ist. Im Fall von Griechenland ist zudem nun deutlich geworden, wie sehr einerseits diese forcierte militärische Aufrüstung den haushaltspolitischen Handlungsspielraum Griechenlands eingeschränkt hatte, und ande-



rerseits die deutsche Rüstungsindustrie selbst noch diese Krise ausgenutzt hat, um weitere teure und lukrative Rüstungsgeschäfte abzuschließen

Kontrollvorschriften sind ausgehebelt

Auch wenn die Hauptabnehmer deutscher Rüstungstechnologie in den EU- und NATO-Staaten sind, bedeutet dies also bedauerlicherweise nicht, dass den Gefahren der Weiterverbreitung und damit der Gefährdung der Sicherheit enge Grenzen gesetzt sind. Denn in der Regel bedeuten Rüstungsexporte in andere EU-Staaten auch das Ende der ohnehin schon spärlichen Exportkontrolle. Zwar gibt es sogenannte Endverbleibserklärungen – diese werden aber nicht kontrolliert und dies ist auch politisch so gewollt. Bereits 1972 haben Deutschland und Frankreich vereinbart, dass zugeführte Komponenten nach ihrem Einbau in ein anderes Produkt ohne Genehmigung des Ursprungslandes weiter exportiert werden können. Ähnliche Vereinbarungen wurden später mit anderen europäischen Staaten getroffen. Auch die sogenannten Sammelausfuhrgenehmigungen (SAG) für NATO-Staaten (und damit die meisten EU-Staaten) erschweren die Kontrolle über die tatsächliche Rüstungsexporte. Mit den SAG wird pauschal die Ausfuhr von Rüstungsgütern an einen oder mehrere Empfänger ermöglicht. 2007 übertrafen der Wert der Sammelausfuhrgenehmigungen mit 5 Mrd. € sogar deutlich den Wert der Einzelgenehmigungen (3,6 Mrd. €) – d.h. bei

mehr als der Hälfte der Exportgenehmigungen wurde die Öffentlichkeit über die gelieferte Menge und die Empfänger im unklaren gelassen.

Vor allem die europäischen Staaten mit großen Rüstungsproduktionskapazitäten, die sogenannten „Big Six“ (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Schweden und Spanien), bemühen sich derzeit im Rahmen der Europäischen Union um eine Vereinfachung des Rüstungshandels und damit einen Abbau der Kontrollen. Bereits 2001 formulierten sie im „Rahmenabkommen über Maßnahmen zur Erleichterung der Umstrukturierung und der Tätigkeit der Europäischen Rüstungsindustrie“ ihre Ziele: Abbau der politischen und administrativen Hürden für Technologietransfer, Exporte und Unternehmensübernahmen. Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit wurde eine „EU-Richtlinie zur Vereinfachung der Bedingungen für die innergemeinschaftliche Verbringung von Verteidigungsgütern“ vereinbart, die im Mai 2009 in Kraft getreten ist. Damit wurden neue Genehmigungsformen eingeführt, die eine pauschale und weitgehend unkontrollierte Lieferung in andere EU-Staaten ermöglichen. In der Richtlinie werden die EU-Staaten aufgefordert, in der nationalen Gesetzgebung die Weichen dafür zu stellen, Technologie- und Komponententransfer für Rüstungsgüter gar nicht mehr zu verfolgen, die Empfänger deutscher Rüstungsgüter sollen in Zukunft lediglich „davon absehen“, die Ausfuhrbeschränkungen der Lieferstaaten zu ignorieren.

Die von den EU-Staaten angestrebte Schaffung eines Binnenmarktes für Rüstungsgüter bedeutet nichts anderes als die Aushebelung der ohnehin schwach ausgeprägten Instrumente zur Kontrolle von europäischen Rüstungsexporten. Je nach politischer Konstellation haben die Rüstungsfirmen in Zukunft mehr Spielraum zu entscheiden über welches EU-Land sie ihre Waren an Drittstaaten exportieren. Transparenz und Rechenschaftspflicht werden noch kleiner geschrieben als bisher, Rüstungsexporte als Teil der europäischen Wirtschaftspolitik wesentlich erleichtert.

Deutsche Rüstungsexporte in die Europäische Union sind alles andere als eine Randnotiz der katastrophalen Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung. Sie sind der Grundpfeiler für die Proliferation deutscher Rüstungstechnologie und Aushebelung restriktiver politischer Vorgaben. Damit wird eine falsche und unmoralische Politik zementiert, die sowohl in einem direkten Zusammenhang mit der Vorbereitung und Durchführung von militärischen Interventionen der EU-Staaten steht, als auch in einem erheblichen Maße der Abfederung der enormen Kosten der eigenen militärischen Aufrüstung dient. Diese Politik verschärft in anderen EU-Staaten, wie z.B. Griechenland, die Wirtschaftskrise und bedeutet eine kontinuierliche Gefährdung der Sicherheit in der Welt. Für mich ist deswegen klar, dass solche Rüstungsexportgeschäfte auch innerhalb Europas unterbunden werden müssen.

Grafik Friedensjournal: Wert der Einzelgenehmigungen für Rüstungsexporte (dunkel) und EU-Anteil (hell)
Tabelle: Hauptempfängerstaaten (in Mio. €)

2004	2005	2006	2007	2008
Niederlande 448 Mio. €	Griechenland 255 Mio. €	Griechenland 455 Mio. €	UK 248 Mio. €	UK 398 Mio. €
Italien 352 Mio. €	Frankreich 219 Mio. €	Niederlande 210 Mio. €	Italien 175 Mio. €	Italien 290 Mio. €
UK 331 Mio. €	Niederlande 202 Mio. €	Belgien 205 Mio. €	Niederlande 153 Mio. €	Niederlande 248 Mio. €
Frankreich 200 Mio. €	Spanien 161 Mio. €	Spanien 191 Mio. €	Frankreich 129 Mio. €	Spanien 207 Mio. €
Spanien 198 Mio. €	UK 123 Mio. €	UK 183 Mio. €	Spanien 121 Mio. €	Österreich 140 Mio. €

Quelle: Jahresberichte der Bundesregierung zum Rüstungsexport 2004 - 2008

Mit Gewalt gegen Hunger

von Klaus Pedersen, Informationsstelle Militarisierung e.V., Tübingen

Neben der Wirtschafts- und Finanzkrise sehen sich die herrschenden Eliten mit der weitaus bedrohlicheren Ernährungskrise konfrontiert. Vor zwei Jahren gab es in zahlreichen Ländern des Südens sogenannte Hungerrevolten (*Food Riots*). Sie erregten soviel Aufsehen, dass ihnen über einen längeren Zeitraum Platz in den Schlagzeilen der Weltpresse eingeräumt wurde. Ein gemeinsames Merkmal vieler dieser Berichte war die Hervorhebung des »chaotischen« und »gewalttätigen« Charakters der Proteste, ein Klischee, das bekanntlich nicht auf *Food Riots* beschränkt ist, sondern auch bei anderen Protesten zur Anwendung kommt. Jedoch fiel diese Verunglimpfung damals aufgrund der beispiellosen zeitlichen Dichte und der globalen Verbreitung des Phänomens besonders ins Auge. Immerhin kam es innerhalb Jahresfrist (2007/2008) zu Hungerrevolten in mindestens 40 Ländern - von Ende Februar bis Anfang April 2008 allein in acht verschiedenen Ländern Asiens und Afrikas, einige davon landesweit. Das veranlassete die einschlägigen *Think-tanks* und mächtigen Institutionen dazu, sowohl über die vermeintlichen Ursachen als auch über Gegenmaßnahmen laut nachzudenken.

Bürgerliche Medien: Nur rohe Gewalt

Eine Besonderheit bei den Berichten über Hungerrevolten aus den Ländern des Südens ist, dass selbst auf das letzte Feigenblatt ausgewogener Reportage verzichtet wird, wie üblicher Weise z.B. etwa in Form eines Sekundenclips aus einem Interview mit einem Sprecher von ATTAC oder dem Foto von Menschen, die Transparente mit einfallsreichen Sprüchen tragen. Die Bilder aus den Ländern des Südens beschränken sich auf die Darstellung roher Gewalt. »Plünderung« ist eines der häufig wiederholten Reizworte, das gern mit passenden Bildern untermalt wird. Die »Masse« als sozialer Akteur bleibt gesichtslos.

J. M. Sumpsi Viñas, ein Vizedirektor der Welternährungsorganisation (FAO), forderte *Food Riots* in die Konfliktfrüh-

warnsysteme einzubeziehen und stellte Überlegungen an, wie »Missionen zur Friedensförderung« (spricht: Militäreinsätze) besser mit Massenaufständen umgehen könnten. Ferner schreibt er, daß das Risiko sozialer und politischer Unruhen besonders in jenen Ländern hoch sei, die gerade einen gewalttätigen Konflikt hinter sich haben und in denen die brüchige Sicherheit und der politische oder wirtschaftliche Fortschritt recht einfach entgleisen könnten. In Wirklichkeit sind es aber gerade nicht die »failed states«, sondern eher Länder mit etablierten sozialen Bewegungen, in denen es zu solchen Protesten kommt. Abgesehen davon vermeiden es die *Think-tanks*, kritisch zu hinterfragen, wie es eigentlich zur Entstehung von »failed states« kommt. Die »Rädelsführer« derartiger Unruhen, von denen die mediale Scheinwelt den Eindruck vermittelt, dass sie von anonymen Massen oder marodierenden Banden ausgingen, sind oftmals AktivistInnen sozialer Bewegungen, die dann langen Haftstrafen oder anderen Repressionen ausgesetzt sind.

2007/2008: eine unvollständige Bilanz

Die unvollständige Bilanz der in Zeitungsmeldungen veröffentlichten Zahlen über die *Food Riots* von 2007/2008 beläuft sich auf 80 Tote, über 1000 Verletzte und mehr als 2000 Verhaftete. Bei den Ausschreitungen der Sicherheitskräfte im Zusammenhang mit der Unterdrückung der ägyptischen Textilarbeiterstadt Mahalla am 6. April 2008 gab es sieben Tote, Hunderte Verletzte und mindestens 331 Verhaftete. Im indischen Bundesstaat Westbengalen im Herbst 2007 wurden zwei Teilnehmer an den Demonstrationen getötet und mindestens 300 verletzt, als die Polizei in die Menge feuerte. In Guinea kam es 2007/2008 innerhalb von 18 Monaten zu einem Generalstreik und fünf landesweiten Protesten, bei denen Dutzende getötet wurden. Auf Haiti erschossen UN-Truppen zu-

nächst eine Person und verwundeten weitere fünf. Bei weiteren Protesten wurden fünf Personen getötet und mindestens 25 verletzt. In Kamerun ging Ende Februar 2008 die Armee gegen die landesweiten Proteste vor. Nach offiziellen Angaben kostete dies 40 Menschen das Leben, nach Angaben der kamerunischen Menschenrechtsorganisation Maison des Droits de L'Homme starben nahezu 200 Personen. Offiziell kam es zu 1671 Verhaftungen. In der marokkanischen Stadt Sefrou demonstrierten am 23. September 2007 3000 bis 4000 Menschen gegen die hohen Lebensmittelpreise – die knüppelnde Polizei hinterließ 300 Verletzte, davon 20 Schwerverletzte. Im tunesischen Phosphatrevier Gafsa schoß die Polizei am 5. Juni 2008 in die protestierende Menge, tötete eine Person und verletzte 26 weitere. Aus vielen Ländern wurden keine konkreten Zahlen bekannt, obwohl die Unterdrückung der Proteste nicht glimpflich verlief.

Ernährungskrise wegen Lebensmittelpreisen

Die derzeitige globale Krise des Kapitalismus könnte man grob zwei sich gegenseitig beeinflussenden Krisenkomplexen zuordnen: 1. eine Ernährungs- und Umweltkrise und 2. eine ökonomische und Finanzkrise. Bislang waren *Food Riots* in erster Linie eine Reaktion auf den zweiten Komplex, nämlich eine Antwort auf die Erhöhung der Lebenshaltungskosten. Auch 2007/2008 hätte die verfügbare Menge an Lebensmitteln eigentlich ausgereicht, um die gesamte Weltbevölkerung zu ernähren. Es waren die Lebensmittelpreise, die finanzielle Unerschwingbarkeit der Lebensmittel, die zu den »Hungerrevolten« führten. Eine wesentliche Quelle des relativen Wohlstandes im Norden war und ist die rücksichtslose Ausbeutung natürlicher und menschlicher Ressourcen, vor allem in Gegenden, mit denen die Bewohner der (ehemaligen) sozialen Marktwirtschaft nicht in unmittelbarem Kontakt kommen. Nun scheinen sich

zwei Dinge gleichzeitig zu erschöpfen. Der suggerierte Wohlstand droht an der Finanzkrise zu zerschellen, die dieses Mal keine Schuldenkrise »irgendwelcher« Länder im Süden ist, sondern eine globale. Zugleich nähert sich der soziale (Konsum- und Wachstums-)Frieden des Nordens aufgrund der Ressourcenerschöpfung seinen physischen Grenzen, verbunden mit dem Bemühen um eine sicherheitspolitische Eindämmung der daraus erwachsenden Probleme. Es zeichnet sich also für die Hochburgen der westlichen Demokratie ein Trend ab, der in vielen Ländern der Peripherie schon lange zum Alltag gehört: der Einsatz der Armee im Inland. An der Peripherie allerdings oft mit einem Ausmaß an Menschenrechtsverletzungen verbunden, wie sie in den Ländern der zerbröckelnden »sozialen Marktwirtschaft« derzeit noch unvorstellbar sind.

Erhöhte Alarmbereitschaft gegen soziale Unruhen

Dennis Blair, der am 29. Januar 2009 den Posten des Direktors der Nationalen Nachrichtendienste unter Präsident Ba-

rack Obama übernahm, schätzte im Februar 2009 in einer Rede vor dem Geheimdienstkomitee des US-Senats ein, daß »ökonomische Krisen das Risiko regimebedrohender Instabilität erhöhen, wenn sie sich über eine Periode von ein bis zwei Jahren hinziehen«. Im gleichen Monat gab der höchstrangige US-amerikanische General, Admiral Michael Mullen, Vorsitzender der Joint Chiefs of Staff, zu Protokoll, daß die Finanzkrise eine höhere Priorität und ein höheres Risiko für die Sicherheit (der USA) hätten als die derzeitigen Kriege im Irak und in Afghanistan. Er erläuterte, daß die aus der globalen Krise erwachsenden Risiken »unsere nationale Sicherheit auf eine Weise beeinflussen werden, die wir noch nicht richtig überschauen«. Vorsorglich planten Pentagon-Mitarbeiter im Jahr 2008, bis zu 20000 dem US Northern Command (NORTHCOM) unterstehende Soldaten dahingehend auszubilden, daß sie die Polizei bei ihren Aufgaben (bei der Aufrechterhaltung der »öffentlichen Sicherheit«) unterstützen können. Auch in Großbritannien wurden angesichts der Krise entsprechende Vorkehrungen getroffen.

In Erwartung eines »heißen Sommers« 2009 wurde die Armee zeitweise in Alarmbereitschaft versetzt. Die Beibehaltung der gravierenden Verteilungsungerechtigkeiten und die fehlende Bereitschaft zu einer globalen Trendwende in Richtung sozial und ökologisch verträglichen Wirtschaftens lässt erwarten, daß sich das Potential von Hungerrevolten in den Ballungsräumen des Südens verstärken wird. Parallel dazu läßt sich eine Zunahme von Unruhen in den Ländern West- und Osteuropas prognostizieren bzw. aktuell beobachten, die »eine tiefe Verzweiflung über die ökonomischen Perspektiven, die selbst für junge Leute mit guter Ausbildung« und »eine scharfe Kritik am starren Klassensystem und an der Korruption der politischen Klasse« reflektieren, wie es Andrew Gavin Marshall vom kanadischen *Centre for Research on Globalization* formulierte. Die herrschenden Eliten werden auch künftig darauf setzen, Unruhen mit »Sicherheitspolitik« unter Kontrolle zu bringen, wobei sich die globale Sicherheitspolitik, ähnlich wie die Landwirtschafts- und Klimapolitik in einer Sackgasse befindet.

IM BLICKFELD

Afghanistan-Einsatz: Jedes weitere Jahr kostet Deutschland drei Milliarden Euro

Kosten etwa drei Mal höher als offizielles Kriegsbudget

Die Fortsetzung des Bundeswehr-Einsatzes in Afghanistan kostet jährlich circa drei Milliarden Euro. Die gesamten Kosten der deutschen Beteiligung am Krieg in Afghanistan betragen bei einem Abzug ab dem Jahr 2010 etwa 36 Milliarden Euro. Dies sind die Ergebnisse einer aktuellen Studie des DIW Berlin, die das manager magazin vorab berichtete. Die Ökonomen kommen damit zu einer wesentlich höheren Zahl als die Bundesregierung, die die gesamten Kriegskosten mit vier Milliarden Euro und für das Jahr 2010 mit einer knappen Milliarde Euro bezifferte. »Unsere Schätzung ist bei aller Vorsicht relevant und angemessen und bewegt sich eher noch am unteren Rand der Möglichkeiten«, sagte DIW-Experte Tilman Brück.

Kosten durch entgangene Investitionen

Im Unterschied zur Bundesregierung berücksichtigen die Ökonomen nicht nur die zusätzlichen Ausgaben des Verteidigungsministeriums, sondern auch indirekte Kosten wie die Ausgaben anderer Ressorts, Finanzierungs-

Kosten, die gesellschaftlichen Kosten durch tote und verletzte Soldaten sowie die Opportunitätskosten durch unterbliebene Investitionen in anderen Bereichen. Brück: »Durch den deutschen Kriegseinsatz fehlen insgesamt jährlich mindestens zwei Milliarden Euro für staatliche Investitionen zum Beispiel in Bildung, Forschung oder Entwicklungshilfe«.

Drei Szenarien

Die DIW-Forscher haben für ihre Berechnungen drei unterschiedliche Szenarien aufgestellt: Für den unrealistischen Fall, dass die deutschen Truppen bis Ende 2010 vollständig aus Afghanistan abziehen, belaufen sich die Gesamtkosten des Einsatzes auf 24 Milliarden Euro. Im realistischeren Szenario eines schrittweisen Rückzugs ab 2013 rechnen die Forscher mit Gesamtkosten von etwa 36 Milliarden Euro. Bei einem umfassenden Engagement mit doppelter Truppenstärke und einem Rückzug ab 2020 schätzt das DIW Berlin die Gesamtkosten auf 71 Milliarden Euro.

Quelle: DIW Berlin, Pressemitteilung vom 21.05.2010

Afghanistan: Truppenübungsplatz für künftige Angriffskriege

Ivon Rick Rozoff, Initiative „Stop NATO“. Kurzfassung der von Wolfgang Jung in der Zeitschrift Luftpost Nr. 131/10 abgedruckten und von ihm auf deutsch übersetzten Fassung).

Seit die NATO im Jahr 2003 den Befehl über die ISAF in Afghanistan übernommen hat, ist die Anzahl der Soldaten unter diesem Kommando von 5.000 auf über 100.000 angestiegen. Wenn man die US-Soldaten mitzählt, die in der eigenständigen (US-)Operation Enduring Freedom eingesetzt sind, befinden sich insgesamt 134.000 ausländische Soldaten am Hindukusch; bis zum Sommer werden es 150.000 sein. Neben den Truppen aus den USA gibt es 47.000 Soldaten aus anderen NATO-Staaten und aus Partner-Nationen. Der damalige Chef des CENTCOM, General John Abizaid, äußerte 2006 gegenüber der Presseagentur AP: "Die NATO muss um ihrer selbst willen diesen Einsatz erfolgreich durchziehen. Wenn sie in Zukunft bestehen will, muss sie auch außerhalb der europäischen Grenzen aktiv werden." Die AP weiter: "Abizaid und andere betrachten die Afghanistan-Mission als historische Expansion des Operationsgebietes der NATO, die als Vorbereitung für künftige Einsätze in Afrika und anderswo dienen wird."

Militärische Integration durch Afghanistan-Krieg

Vier Monate nach der Übernahme des Kommandos im südlichen Afghanistan im Jahr 2006 sagte der NATO-Kommandeur für dieses Gebiet, der britische Generalleutnant David Richards, die NATO führe zum ersten Mal in ihrer Geschichte "größere Kampfeinsätze am Boden durch". Niemals zuvor haben Truppen aus 50 Staaten auf einem Kriegsschauplatz in einem Land gekämpft. Der Afghanistan-Krieg hat den USA und ihren NATO-Verbündeter auch Militärbasen in den zentralasiatischen Staaten Tadschikistan, Usbekistan und Kirgisistan gesichert; allein über Kirgisistan sind im März etwa 50.000 US-Soldaten nach oder aus Afghanistan verlegt worden.

Außerdem hat er die von den USA und der NATO betriebene militärische

Integration der ehemaligen Sowjetrepubliken Armenien, Aserbaidschan und Georgien im südlichen Kaukasus voran gebracht. Aserbaidschan, das Land am Kaspischen Meer, das an den Iran und an Russland grenzt, hat erst kürzlich sein Truppenkontingent in Afghanistan verdoppelt. Georgien, das unbedingt Kampferfahrung unter Kriegsbedingungen für seine kommenden militärischen Auseinandersetzungen mit Abchasien, Südossetien und Russland sammeln will, wird bald mit 900 Soldaten – bezogen auf seine Bevölkerung – den größten Anteil an der ISAF-Truppe der NATO in Afghanistan stellen. Am 11. Mai veranstaltete Deutschland eine Konferenz für die Verteidigungsminister und die Generalstabschefs der Staaten, die Truppen im nördlichen Afghanistan einsetzen, wo Deutschland das Kommando über die NATO-Truppen führt. Der Krieg in Afghanistan hat der NATO auch die Gelegenheit verschafft, ihre Kontrolle über die aus dem ehemaligen Jugoslawien entstandenen Staaten zu verstärken. Bei einem kürzlichen Treffen der Außenminister der NATO-Staaten in Estland billigten sie einen Plan zur Aufnahme Bosniens in das Bündnis, als letzte Stufe vor der vollen Mitgliedschaft – nachdem das Land erklärt hatte, dass es ebenfalls Truppen nach Afghanistan entsenden werde. "Bosnien machte den ersten Schritt zur Aufnahme in die NATO ... als die aus 28 Ländern bestehende Allianz dem Balkanland die für seine Mitgliedschaft zu erfüllenden Bedingungen vorlegten. Mit der Zustimmung zu dem zur Mitgliedschaft führenden Aktionsplan bejahten die Minister der NATO-Länder ... die Beiträge des Landes zu der von der NATO geführten Sicherheitstruppe ISAF in Afghanistan." Die Balkanstaaten Kroatien und Albanien erhielten schon im letzten Jahr die volle NATO-Mitgliedschaft, nachdem auch sie Truppen für die Kriege in Afghanistan und im Irak zu Verfügung gestellt hatten.

Die NATO hat den Krieg in Afghanistan – wie die Kriege auf dem Balkan und im südlichen Kaukasus – als Instrument benutzt, um ihren Griff nach den noch nicht voll integrierten skandinavischen Ländern zu verstärken. Der Oberbefehlshaber der NATO in Europa, der US-Admiral James Stavridis, besuchte am 12. Mai Schweden und Finnland, um sich bei den beiden Ländern für die 500 bzw. 150 Soldaten zu bedanken, die sie der NATO für ISAF-Operationen in den vier nördlichen Provinzen Afghanistans zur Verfügung gestellt haben. Der Krieg in Afghanistan hat der NATO auch als Vehikel gedient, um Kontakte in die asiatisch-pazifische Region zu knüpfen – durch so genannte Länder-Partnerschaften mit Australien, Japan, Neuseeland und Südkorea. Auch Truppen aus Singapur und der Mongolei dienen bereits unter NATO-Befehl, und Kasachstan, das wie die Mongolei an Russland und China grenzt, wurde als Stationierungsland für eine neue Militärbasis der USA und der NATO genannt, welche die Basis in Kirgisistan ergänzen oder ersetzen könnte.



Der Krieg der USA und der NATO in Afghanistan dient auch dazu, das militärische Netzwerk des Pentagons und der Allianz auf mehrere Kontinente auszuweiten, von Luftwaffenstützpunkten in den europäischen Ländern Bulgarien, Ungarn und Rumänien über Flugplätze in den zentralasiatischen Staaten Kirgisistan und Tadschikistan bis zu Transitrouten und Stützpunkten in Georgien und Aserbaidschan im südlichen Kaukasus und in den zentralasiatischen Ländern Kasachstan,

Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan.

„Ideales“ Übungsfeld für Drohnen

Zusätzlich zu der Ausweitung seines militärischen Einflusses auf ganz Eurasien und darüber hinaus hat der Afghanistan-Krieg dem Pentagon noch weitere Möglichkeiten verschafft. Glenn Walters, Brigadegeneral des U.S. Marine Corps, hielt auf einer Konferenz des Institute for Defense and Government Advancement eine Rede über unbemannte Luftfahrzeuge / UAVs, in der er berichtete: "Drohnen werden auch in Jemen und in Pakistan eingesetzt, aber der größte Teil wird im Rahmen der laufenden Truppenverstärkung in Afghanistan gebraucht." Im Jahr 2001 – vor der Invasion Afghanistans – hatten die USA etwa 200 Drohnen in ihrem Arsenal. Jetzt sind es 6.000 und nach Aussage eines Generals der Marineinfanterie werden es "in zwei Jahren 8.000 UAVs" sein."

General McChrystal, der bisherige US- und NATO-Oberkommandierende in Afghanistan und frühere Chef des Joint Special Operations Command, hat den andauernden Krieg auch dazu genutzt, die aus der US-Militärdoktrin erwachsende weltweite Praxis unter Betonung der Aufstandsbekämpfung durch Special Forces qualitativ stärker zu verändern, als das in den letzten Jahrzehnten geschehen ist. Kürzlich hob General George Casey, der Chef des Generalstabs der US-Army, die besondere Rolle hervor, die das Heer bei der Aufstandsbekämpfung zu spie-

len habe; er sagte: "Die Bodentruppen müssen sich darauf einstellen, alle bei der Aufstandsbekämpfung anfallenden Operationen zu trainieren." Am 10. Mai empfing Casey mehr als einhundert führende Militärs aus mehr als 24 afrikanischen Staaten zu einer Konferenz der afrikanischen Landstreitkräfte im Pentagon.

Vom 10. bis 13. Mai versammelten sich über "550 Verteidigungsminister, Generalstabschefs und höhere Militärs aus 82 Staaten der ganzen Welt" in der jordanischen Hauptstadt Amman zur Konferenz der Kommandeure der Spezialkräfte des Mittleren Ostens; unter dem Titel SOFEX (Jordan) fanden ein Symposium und eine Ausstellung zu Aufgaben der Special Forces statt. Mit der viertägigen Konferenz wurde die Absicht verfolgt, "die Fähigkeiten der Special Forces auf der ganzen Welt zu verbessern, um ein Netzwerk für globale Sicherheit und zur Bekämpfung des Terrorismus zu schaffen. Hochrangige Militärs aus Australien, Frankreich, Deutschland, Italien, Jordanien, dem Libanon, Pakistan und aus den USA hielten Vorträge über Themen wie Kriegsoperationen, Aufgaben des Heimatschutzes, Aufstandsbekämpfung, Kampfhandlungen in Städten und Nahkampf.

Spezielle Panzer gegen Aufständische

Das Pentagon hat kürzlich verschiedenen Ländern, aus denen Truppen unter NATO-Kommando in Afghanistan dienen, 581 Mine Resistant Amphibious Protected / MRAPS (gegen Mi-

nen und Hinterhalte gesicherte gepanzerte Fahrzeuge) zur Verfügung gestellt; dazu gehören Jordanien, Georgien, die Tschechische Republik, Polen und Rumänien. Das US-Verteidigungsministerium teilte außerdem mit, dass für die in Afghanistan eingesetzten Truppen anderer Länder noch einige Hundert weitere Fahrzeuge gebraucht würden. Im letzten Jahr verlegten die USA eine Einheit mit Schützenpanzern des Typs Stryker nach Afghanistan; der Panzer, der 2003 bereits im Irak eingesetzt worden war, ist der erste neu entwickelte Panzer der US-Army, seit der Bradley-Schützenpanzer 1981 in Dienst gestellt wurde.

Erfahrungen für neue Kriegsschauplätze

Afghanistan wurde mit Absicht oder weil es sich so ergeben hat – oder durch eine Kombination beider Möglichkeiten – in einen riesigen Truppenübungsplatz für eine aus fünfzig Staaten zusammengesetzten Militärmacht verwandelt, die bereits in Zentralasien, im Kaukasus, in Osteuropa, am Horn von Afrika, im Indischen Ozean und im Mittleren Ostens agiert. Es ist auch ein Experimentierfeld für die neuen Waffen und Operationsformen des 21. Jahrhunderts, die dort für künftige Einsätze überall auf der Welt getestet werden. Selbst wenn sich die Streitkräfte der USA und der NATO schon morgen aus Afghanistan zurückziehen müssten, wären die dort gewonnenen Erkenntnisse für die Kriegsplaner in Washington und Brüssel nicht verloren.

Truppensteller ISAF 2010		Gesamtzahl ca. 119.500	
Albanien	250	Italien	3300
Aserbajdschan	90	Jordanien	6
Australien	1550	Kanada	2830
Belgien	590	Kroatien	280
Bosnien-Herzegowina	10	Lettland	170
Bulgarien	525	Litauen	245
Dänemark	750	Luxemburg	9
Deutschland	4350	Mazedonien	210
Estland	160	Mongolei	40
Finnland	115	Montenegro	30
Frankreich	3750	Neuseeland	155
Georgien	925	Niederlande	1705
Griechenland	75	Norwegen	500
Irland	7	Österreich	3
Island	3	Polen	2500
		Portugal	265
		Rumänien	1140
		Schweden	500
		Singapur	40
		Slowakei	290
		Slowenien	75
		Spanien	1415
		Tschechische Republik	525
		Türkei	1710
		Ukraine	15
		Ungarn	340
		USA	78430
		Verein. Arab. Emirate	25
		Vereinigtes Königreich	9500

Quelle: <http://imi-online.de/download/Fact-Sheet-Afghanistan-Juli2010.pdf>

Sackgasse Irak-Besatzung – kein Ende in Sicht

von Joachim Guilliard, Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg

Sieht man von spektakulären Ereignissen, wie den Bombenanschlägen im Bagdader Regierungsviertel ab, ist der Irak aus den Schlagzeilen verschwunden und in der Folge auch kein Thema mehr für die Friedensbewegung. Immer mehr setzt sich der Eindruck durch, der Irak sei nun auf dem Weg zur Normalität.

Offiziell ist das Ende der Besatzung auch schon eingeleitet. Die meisten US-Truppen zogen sich ab Juni 2009, wie im Truppenstationierungsabkommen (SOFA) vom Herbst 2008 vereinbart, aus den Städten in die umliegenden Militärbasen zurück. Doch entgegen den großen Hoffnungen, die viele in den Amtsantritt Barack Obamas setzten, ist ein vollständiger Abzug der Besatzungstruppen noch nicht in Sicht.

Während Washington bei der Umsetzung seiner langfristigen Ziele im Irak stecken blieb, gewann der Iran sowohl im Irak wie in der Region stark an Einfluss. Unter diesen Umständen käme ein Rückzug einer Niederlage gleich.

Besatzungsrealität

Informationen über die Situation im besetzten Land fließen immer spärlicher. Nur durch sporadische Besuche mutiger, nicht „eingebetteter“ westlicher Journalisten erhält man noch schlaglichtartig Einblicke in die tatsächlichen Verhältnisse. Auch Studien von UN-Organisationen lassen erahnen, wie düster die irakische Realität tatsächlich ist. Allen Erfolgsmeldungen zum Trotz sind die Lebensverhältnisse nach wie vor katastrophal, von Stabilität oder gar Demokratie und Rechtsstaat kann keine Rede sein.

Ein deutlicher Indikator für die nach wie vor miserablen Lebensbedingungen im Irak sind die Flüchtlingszahlen. Immer noch leben gut 2 Mio. Flüchtlinge im benachbarten Ausland und ebenso viele im Irak selbst.

Entgegen dem vorherrschenden Bild ist der Krieg im Irak noch lange nicht zu Ende. Die militärischen Aus-

einandersetzungen sind zwar stark zurückgegangen, viele Städte gleichen nun aber düsteren Festungen. Bagdad beispielsweise ist „ein Hochsicherheitsgefängnis mit 1000 Betonmauern, 1000 Schießtürmen und 1000 schwerbewaffneten Checkpoints“ geworden, wie der Publizist Jürgen Todenhöfer bei seinem Besuch im Sommer 2009 feststellen musste.

Noch immer gibt es in der total militärisierten Hauptstadt pro Tag über zehn „militärische Zwischenfälle“: Angriffe irakischer Widerstandskämpfer auf US-Truppen, Operationen von Besatzungssoldaten und Gewalttaten diverser Milizen und Terrorgruppen. Wobei viele Iraker allerdings überzeugt sind, dass bei terroristischen Anschlägen, die unzählige Unbeteiligte töten oder gezielt ethnisch-religiösen Hass schüren, sowohl Regierungsparteien als auch ausländische Geheimdienste, Todesschwadronen und „Sicherheitsfirmen“ wie Blackwater (mittlerweile Xe Services) ihre Hände im Spiel haben.

Washingtons "Stabilisierungsstrategie"

Zentraler Punkt in Washingtons Irak-Strategie ist, das neue Regime durch eine bessere Beteiligung von oppositionellen Kräften an der Macht zu stabilisieren. Bei jeder Gelegenheit fordern Präsident Obama und die kommandierenden US-Generäle die irakische Regierung auf, endlich die „Ausöhnung“ zwischen den Konfessionen und den politischen Kräften in die Wege zu leiten. Allerdings besteht das Wesen des neuen, von den Besatzern maßgeblich gestalteten, Regimes gerade in seiner völkisch-konfessionellen Ausrichtung. Die Regierungsparteien verwalten dabei ihre Ministerien als Pfründe und nutzen sie, um ihre mit US-Hilfe geschaffenen Machtpositionen dauerhaft zu sichern.

Auch unter Obama setzt die Besatzungsmacht dabei vor allem auf den neuen starken Mann im Irak, Ministerpräsident Nuri al-Maliki, der in den letzten Jahren seine Machtposition stark ausbauen konnte. Sukzessive

besetzte er – am Parlament vorbei – Schlüsselposition in Regierung, Verwaltung, Polizei und Militär mit Getreuen aus seiner Partei oder seinem Familienclan.

Was hier als sich entwickelndes demokratisches Land dargestellt wird, trägt alle Züge eines mörderischen repressiven Polizeistaates. Viele Beamte, Geistliche und Politiker im Irak, so der britische Guardian vom 30.4.2009, sprechen bereits von einer neuen Diktatur und vergleichen Maliki mit Saddam Hussein. Sechs Jahre nach Kriegsbeginn würde das Land nach ziemlich vertrauten Linien aufgebaut, so das Fazit des Guardian: „Konzentration von Macht, schattenhafte Geheimdienste und Korruption.“

Besatzung in der Sackgasse

Nicht nur die Verbesserung der Lebensbedingungen lässt auf sich warten, auch die Besatzer kommen mit ihren Plänen im Irak nicht voran. Sie sind nach wie vor die dominierende Macht. Ihr Einfluss hat sich aber deutlich verringert. Das Stationierungsabkommen, auch wenn es nur halbherzig befolgt wird, schränkt den Handlungsspielraum der US-Truppen und letztlich auch ihre Autorität im Land spürbar ein.

Viele führende US-Offiziere vor Ort sehen schon lange keinen Sinn mehr in einer weiteren Präsenz. Der Chef des Beraterstabs des US-Hauptquartiers in Bagdad, Oberst Timothy Reese, z.B. kam in einem vertraulichen Memorandum zum Schluss, es sei „Zeit für die USA, den Sieg zu erklären und nach Hause zu gehen“. Doch von einem Sieg kann keine Rede sein: Noch ist die dauerhafte Kontrolle über den Irak nicht gesichert und sind wesentliche Ziele, wie der Zugriff aufs Öl nicht erreicht.

Dass sich an den Ambitionen in Washington nichts geändert hat, zeigt kaum etwas so anschaulich, wie die riesige US-amerikanische Botschaftsfestung im Zentrum Bagdads. Auch Obama machte bisher keinerlei Anstalten

ten, den riesigen Stab von über tausend Mitarbeitern – weit mehr als das britische Empire für die Verwaltung des zehnmal so großen Indien im Einsatz hatte – zu reduzieren. Da im Zuge des Truppenabbaus viele Aufgabenbereiche vom Militär an zivile Stellen übergehen sollen, wird sich die Zahl der hier tätigen Diplomaten, Geheimdienstleuten, Verwaltungs-, Wirtschafts- und sonstigen Experten noch stark erhöhen.

Magere Beute

In spektakulären Auktionen bot der Irak zwar 2009 ausländischen Konzernen Abkommen zur Ausbeutung von umfangreichen irakischen Ölfeldern an. Diese Geschäfte sind aber weit von dem entfernt, was die westlichen Öl-Multis anstreben und für das – nicht zuletzt – die Bush-Regierung in den Krieg zog. Es handelt sich um reine Dienstleistungsverträge mit dem Ziel, die Fördermengen von Ölfeldern drastisch zu steigern. Die ausländischen Konzerne erhalten aber nach wie vor weder Anteile am Öl noch Förderlizenzen. Von den großen US-Konzernen kam allein Exxon Mobil zum Zuge, ansonsten dominieren staatliche asiatische Firmen, allen voran die chinesische National Petroleum Corporation CNPC.

Vollständiger Abzug nicht in Sicht

Im Wahlkampf hatte Obama versprochen, die im Irak stationierten US-Truppen innerhalb von sechzehn Monaten abzuziehen. Als er Ende Februar 2009 seine Pläne für den Irak vorstellte, war nur noch vom Abzug der „Kampftruppen“ bis August 2010 und der restlichen Einheiten bis Ende 2011 die Rede.

Selbstverständlich möchte Obama die Truppenzahl gerne deutlich verringern, um so den sichtbaren Eindruck von Besatzung zu vermindern, die immensen Kosten zu reduzieren und vor allem Kräfte für Afghanistan freizumachen. Eine solche Reduzierung würde aber erfordern, dass die Irakisierung der US-Herrschaft im Irak funktioniert,

d.h. Regierung und Armee den größten Teil des Kampfes gegen ihre Gegner selbst übernehmen kann. Das wird nach Einschätzung der kommandierenden US-Generäle aber noch viele Jahre dauern. Sie hatten daher von Anfang an deutlich gemacht, dass sie die im Stationierungsabkommen vereinbarten Abzugstermine keinesfalls für verbindlich halten.

Auch der irakische Präsident al-Maliki hat bereits mehrfach laut über eine Verlängerung der US-Truppen-Präsenz über 2011 hinaus nachgedacht. Auch er weiß, dass sich seine Regierung ohne die US-Armee nicht lange halten könnte. Auf die eigenen Truppen ist wenig Verlass. Die Loyalität und Kampfmoral vieler Einheiten ist zweifelhaft und die neue Armee verfügt auch über keine der High-Tech-Waffen, mit denen die Besatzer dem Widerstand Paroli bieten, wie minenresistente Fahrzeuge, Kampflugzeuge, Drohnen und Hubschrauber.

Die meisten Militärexperten gehen davon aus, dass das Pentagon zumindest die fünf riesigen, mit allem Komfort ausgebauten Mega-Militär-Basen im Irak als permanente Stützpunkte behalten will.

Fazit

Die Parlamentswahlen vom 7. März sollten ein entscheidender Schritt zur Konsolidierung der von den USA angestrebten Nachkriegsordnung sein. Sie waren jedoch geprägt durch Besatzung, staatliche Repression, territoriale Konflikte, Einmischung von außen und den eklatanten Missbrauch staatlicher Institutionen. Dennoch konnten oppositionelle Kräfte deutlich hinzugewinnen. Offensichtlich hoffen viele Besatzungsgegner durch die Wahlen das von den USA eingesetzte sektiererische Regime beseitigen und dem Ende der Besatzung näher kommen zu können. Der Streit über die Regierungsbildung zieht sich schon mehr als 3 Monate hin, eine Ende ist nicht in Sicht. Sollte am Ende, wie zu vermuten ist, alles unverändert weitergehen, so dürfte die Wut über Ausschluß von Kandidaten, Wahlmanipulationen etc. zu heftigen Protesten führen, die rasch

eskalieren könnten. Viele Enttäuschte werden es vermutlich nicht bei verbalen Protesten belassen und der militärische Widerstand wird zunehmen.

Die Entwicklung brachte die Besatzungsmacht in ein schwieriges Dilemma. Einerseits setzt sie nach wie vor auf al-Maliki. [Herausforderer Ijad Allawi, der bei einem Besuch in Washington Obama für eine alternative Option erwärmen wollte, wurde nicht einmal ins Weiße Haus vorgelassen.] Zentraler Punkt ihrer Irak-Strategie ist jedoch auch, oppositionelle sunnitische und säkulare Kräfte durch eine stärkere Beteiligung an der Macht einzubinden und dadurch das neue Regime zu stabilisieren. Dies wiederum ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, die Zahl der eigenen Truppen erheblich verringern zu können. Washington hatte gehofft, Maliki als Mann der Mitte aufbauen zu können, als starken Mann, der von Vielen als kleineres Übel akzeptiert werden könnte. Maliki steuerte vor und nach den Wahlen jedoch genau in die andere Richtung: im Schulterchluss mit den pro-iranischen Parteien auf Konfrontationskurs gegen



säkulare und sunnitische nationalistische Kräfte.

Angesichts der sich zuspitzenden Situation haben die US-Kommandeure ihre Pläne für einen Aussetzung des Truppenabzugs konkretisiert. Der Spielraum dafür wird jedoch durch die massive Truppenerhöhung in Afghanistan beschränkt. Bei einem offenen Bruch der Abzugsvereinbarungen wäre die Geduld der meisten Iraker jedoch endgültig am Ende und die Besatzungsmacht müsste mit einem noch breiteren Widerstand auf allen Ebenen rechnen als zuvor..

„Mavi Marmara“ – ein Piratenakt auf hoher See

von Matthias Jochheim, IPPNW Deutschland, Frankfurt a.M.

Diese Erinnerungen, Bilder und Geräusche werden mich sicher noch oft einholen: eng gefesselte, meist in eine kniende Position gezwungene Menschen, zu Hunderten auf einem Schiffsdeck festgehalten, und von verummten, mit Maschinenpistolen bewaffneten Soldaten in Schach gehalten, so erlebten wir unsere Reise durch das östliche Mittelmeer, nachdem die israelische Armee handstreichartig vor Beginn des Morgengrauens die türkische Passagierfähre „Mavi Marmara“ überfallen und unter ihre Kontrolle gebracht hatte. Dieses erfolgte in internationalen Gewässern vor der Küste von Gaza, dem Ziel unserer Reise, wohin wir als Zeichen der Unterstützung medizinische Instrumente, Medikamente, Baumaterialien und Fertighäuser sowie andere Bedarfsgüter des täglichen Lebens bringen wollten, die die israelische Besatzungsmacht schon seit langem nicht mehr in das Gebiet lässt.



Grafik: Ben Heine (Quelle: flickr.com)

Hijacking auf hoher See

Das Gefühl der Ohnmacht und des Ausgeliefertseins wurde verstärkt durch das infernalische Knattern und die Vibrationen, die von einem direkt über unserem Deck postierten Hubschrauber ausgingen. Etwa 40 Minuten wurden wir ohne erkennbaren Transportzweck diesem heftigen Lärm ausgesetzt, offenbar mit der Absicht, uns unsere wehrlose Lage als nachhaltige Erfahrung einzuprägen. Sadis-

mus als Machtdemonstration, so erlebte ich dieses Vorgehen der Uniformierten. Schlimmeres hatte ich nur indirekt erlebt: früh um etwa 4.30 Uhr. An diesem 31. Mai hatte sich die israelische Spezialtruppe über dem Deck der Mavi Marmara von Hubschraubern abseilen lassen und dabei sehr rasch ihre Schusswaffen benutzt, um jede noch so symbolische Verteidigung des Schiffs gewaltsam zu durchbrechen.

Eine Gegenwehr mit tödlich wirkenden Waffen war für die Soldaten nicht zu befürchten, denn die etwa 600 Passagiere des Schiffs waren bei Betreten auf Waffenbesitz durchsucht worden, um die Gewaltfreiheit unserer Aktion zu garantieren. Zwar waren einige Holzlatten bei Aktiven unseres Schiffes zu sehen, aber dies änderte nichts an dem - grundsätzlich auf Menschen verletzende Gewalt verzichtenden - Charakter unseres Handelns. Darauf hatten wir uns als internationales Bündnis aus über 30 Ländern und auf insgesamt 6 Booten und Schiffen geeinigt. Nun wurden wir auf dem Weg zu unserem Ziel, der Küste von Gaza, gewaltsam angehalten, besetzt und mit Kurs auf den israelischen Hafen Ashdod entführt.

Es war nichts anderes als ein Hijacking auf hoher See; denn wenn es darum gegangen wäre, einen Waffentransport nach Gaza zu verhindern, wäre die Durchsuchung des Schiffs und anschließende Weiterfahrt ein mögliches und mit internationalem Recht bei begründetem Verdacht auch legitimes Mittel gewesen.

Einmalige Rechtlosigkeit der Menschen in Gaza

Es geht aber tatsächlich, aus welchem Kalkül auch immer, um die weitere Strangulierung des zivilen Lebens in dieser Enklave zwischen Mittelmeer, ägyptischem Sinai und israelischer Negev-Wüste, deren Fläche in etwa dem Stadtstaat Bremen entspricht, bei einer Bevölkerungszahl von heute etwa 1,5 Millionen Menschen, mit starker Ge-

burtenrate. Mehr als die Hälfte der Bewohner sind arbeitslos, ebenfalls mehr als 50% leben in provisorischen Siedlungen, ohne reguläre Erwerbsquelle, seit der „Nakba“, der Katastrophe der Vertreibung aus ihren ursprünglichen palästinensischen Städten und Dörfern 1948 - abhängig von der Unterstützung durch internationale Agenturen wie UNRWA, der UN-Flüchtlingsorganisation in Palästina. Mangelernährung insbesondere von Kindern ist unter diesen Bedingungen alltäglich in Gaza, ebenso wie beinahe flächendeckende psychische Traumatisierung durch ständige Angriffe der israelischen Armee, insbesondere durch Kampfflugzeuge, und durch wiederholte Invasionen von Bodentruppen – zuletzt in großem Maßstab zum Jahreswechsel 2008/2009, als etwa 1400 Bewohner ihr Leben verloren.

Der internationale Status von Gaza ist in seiner Rechtlosigkeit wohl ziemlich einmalig in der Welt: die von der islamisch geprägten Hamas-Partei getragene lokale Regierung hat bei international unterstützten Wahlen 2006 in den besetzten palästinensischen Gebieten zwar die Mehrheit errungen, dies nahmen dann aber Israel wie auch die westlichen Geberländer zum Anlass, Steuergelder widerrechtlich einzubehalten bzw. ihre Zahlungen einzustellen und sich an der hermetischen Abriegelung der Menschen von Gaza zu beteiligen – es scheint, dass die Palästinenser für ihr „falsche“ Wahlentscheidung bestraft werden sollten, fürwahr ein beeindruckendes Beispiel westlichen Demokratie-Verständnisses.

Die Abriegelung hat eine weitgehende Paralyse des ökonomischen Lebens mit sich gebracht, denn ohne Rohmaterialien, die importiert werden müssen, gibt es auch für die erfindersichen Menschen in Gaza wenig Chancen zu produzieren. Sie wurden zu Almosenempfängern der Hilfsagenturen degradiert, ohne Recht auf Ausreise, und sogar der Besuch der palästin-

sischen Westbank ist ihnen in aller Regel verwehrt.

Infame Rechtfertigung militärischer Gewalt

Dagegen richtete sich unsere internationale Aktion. Auf Handgreiflichkeiten, vielleicht auch auf Festnahme waren wir vorbereitet, nicht aber auf das, was wir dann erleben mussten: konfrontiert zu sein mit tödliche Gewalt. In mein Gedächtnis haben sich die Szenen eingebrannt, wie erregt schreien die Helfer blutüberströmte Opfer des israelischen Überfalls die Treppe zu unserem Zwischendeck herunter schleppen; ich sehe die vier getöteten Aktiven, die in diesem Aufgang liegen, später höre ich von insgesamt 9 Todesopfern der israelischen Aktion. - Auch die Angst der zwei israelischen Soldaten kommt in mein Gedächtnis, die dort vorübergehend festgehalten werden, nachdem sie offenbar als ers-

ter Vortrupp isoliert und von den Wächtern auf dem Deck arretiert wurden. Jetzt, einige Tage nach diesen Erlebnissen, scheint eine Flut von Meldungen aus allen Kanälen diese unmittelbaren Eindrücke überlagern zu sollen; man hört, es sei der Wunsch der Getöteten gewesen, ihr Leben bei diesem Anlass hinzugeben – als habe es sich bei unserer Protest- und Solidaritätsfahrt um ein Suizidprojekt gehandelt. Die Infamie von Kriegs- und Gewaltrechtfertigung ist wohl wirklich grenzenlos, und das Zusammenwirken von Menschen aus über 30 Nationen, aus Orient und Okzident auf der Mavi Marmara wohl ein besonderer Anreiz, hier mit Erfindungen jeder Art wenigstens im Nachhinein Verwirrung und Zwietracht zu säen. Es war wohl kein Zufall, dass gerade die Mavi Marmara auf diese Weise bei einer Nacht- und Nebel-Aktion attackiert wurde, die für die Tarnung und Rechtfertigung völlig unverhältnismäßiger Gewalt ver-

gleichsweise günstige Bedingungen liefert.

Als IPPNW hätten wir sicher nicht an einer Aktion teilgenommen, die Todesopfer hätte erwarten lassen. Verzicht auf Menschen verletzende und erst recht auf tödliche Gewalt, dieses Prinzip der internationalen FreeGaza-Koalition wurde von Seiten unserer Mitreisenden nach allen meinen Beobachtungen auf der Mavi Marmara eingehalten. Wir trauern um die neun Opfer militärischer Gewalt und hoffen, dass ihr Einsatz nicht umsonst bleibt, sondern ein Mosaikstein auf dem Weg zur Durchsetzung eines gerechten und dauerhaften Friedens zwischen Israel und Palästina sein kann. Dies ist nicht nur für die betroffenen Menschen in der Region von essenzieller Bedeutung, sondern darüber hinaus auch für Europa und, wohl ohne Übertreibung zu sagen: den Fortschritt für den Frieden weltweit.

IM BLICKFELD

Rede von MdB Wolfgang Gehrcke, Fraktion Die LINKE zu Gaza-Antrag am 1. Juli 2010 im Deutschen Bundestag

Sehr geehrter Herr Präsident,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Deutsche Bundestag, und nicht nur der Bundestag, hat allen Anlass, sich bei der Free-Gaza-Bewegung zu bedanken. Ihre Aktion hat das fertig gebracht, was viele Menschen erhoffen: die Blockade des Gaza-Streifens zu durchbrechen. Es ist und bleibt furchtbar, dass Menschen getötet und verletzt wurden. Ich sage diesen Dank auch ausdrücklich an meine beiden Kolleginnen Annette Groth und Inge Höger. Die Gaza-Blockade ist völkerrechtswidrig, sie entmündigt und entwürdigt Menschen, sie raubt ihnen Freizügigkeit und die Luft zum Atmen. Die Gaza-Blockade ist auch eine Blockade gegen die Vereinten Nationen, gegen das Konzept der UNO, in Gaza friedensfördernde Bildung und Erziehung zu praktizieren und die Gewalt zu bekämpfen.

Die Gaza-Blockade kann als eine Fortsetzung des Krieges gesehen werden und fördert Hass und Gewalt. Die Blockade ist nicht nur eine Blockade der Lieferungen in den Gaza-Streifen, sie blockiert auch möglichen Export aus dem Gaza-Streifen. Die Fraktion DIE LINKE, und nicht nur wir, sondern der ganze Bundestag, fordert die Aufhebung der Blockade.

Die Fraktion DIE LINKE hat das in einem Antrag an den Bundestag gefordert und wird dem Antrag der anderen vier Bundestagsfraktionen zustimmen. Dass der Deutsche Bundestag einstimmig und nicht nur einmütig von Israel fordert, eine tatsächlich internationale Untersuchungskommission zuzulassen und die Blockade aufzuheben, ist ein deutliches Signal. Es sollte auch in Israel zum Nachdenken beitragen. Es ist mir ein Rätsel, wie eine israelische Regierung so dauerhaft und, so nachhaltig gegen die Interessen des eigenen Landes handeln kann.[...]

Schreiben des Auswärtigen Amtes an Prof. Dr. Ulrich Gottstein, IPPNW International vom 18.06.2010

Sehr geehrter Herr Professor Gottstein,

Ich danke Ihnen für Ihre Zuschrift an das Auswärtige Amt. Die Bundesregierung ist bestürzt über den schweren Vorfall im östlichen Mittelmeer und bedauert zutiefst, dass es dabei Tote und Verletzte gegeben hat. Bundesminister Westerwelle, Bundeskanzlerin Merkel

und unsere Partner in der EU fordern hierzu weiterhin eine umfassende, transparente und neutrale Aufklärung der Ereignisse, falls erforderlich unter Einbindung internationaler Beobachter. [...]

Die Abriegelung des Gaza-Streifens ist aus unserer Sicht nicht nur inakzeptabel, sondern auch politisch kontraproduktiv. [...]

Den Krieg in Afghanistan beenden

– zivil helfen !



Wir fordern von Bundestag und Bundesregierung

- den **Stopp aller Kampfhandlungen,**
- den **sofortigen Beginn des Abzugs der Bundeswehr aus Afghanistan,**
- den **Einsatz der frei werdenden Gelder zur Verbesserung der Lebensbedingungen der afghanischen Bevölkerung nach deren Bedürfnissen.**

So haben ein selbstbestimmter Friedensprozess und der zivile Aufbau in Afghanistan eine Chance.

Vor- u. Zuname	Anschrift	Unterschrift

Die Unterschriftensammlung wird von einem breiten Bündnis der deutschen Friedensbewegung getragen. Zu den ErstunterzeichnerInnen gehören u.a. folgende bundesweite Organisationen: Arbeitsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) * Bundesausschuss Friedensratschlag * Bund für Soziale Verteidigung (BSV) * Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) * Internationaler Versöhnungsbund - Deutscher Zweig e.V. * Juristinnen und Juristen gegen atomare, biologische und chemische Waffen (IALANA) * Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung e.V. (IPPNW) * Kooperation für den Frieden * Naturwissenschaftlerinitiative für Frieden und Zukunftsfähigkeit * pax christi, Internationale Katholische Friedensbewegung, Deutsche Sektion * Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA)

Bitte einsenden an: Friedens- und Zukunftswerkstatt, c/o Gewerkschaftshaus, Wilhelm-Leuschner-Straße 69 –77, 60329 Frankfurt am Main
Oder an: Netzwerk Friedenskooperative, Römerstr. 88, 53111 Bonn